



**Vorbild für die bevorstehenden Kampfmaßnahmen:** Am 23. Februar organisierten Silke Beu, Thomas Martin und Undine Wellmann das GEW-Streikbüro. *EuW berichtete.*

Foto: Nils Johannsen

## Aufruf zu Warnstreiks am 11. April 2005

# Den Druck auf die Länder erhöhen

**W**ir haben mit dem Bund und der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände e.V. ein zukunftsorientiertes einheitliches neues Tarifrecht vereinbart. Wir haben die Nullrunde verhindert und Einkommensverbesserungen bis 2007 erreicht.

Die Arbeitszeit bleibt bei den Kommunen im Westen bei den 38,5 Stunden. Für den Bund konnte die Arbeitszeit in Ost und West auf 39 Stunden vereinheitlicht werden. Für die Beschäftigten beim Bund im Osten erfolgt der Angleichungsschritt bei vollem Lohnausgleich. Für die

Länder lehnte bislang der Vorsitzende der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL), Niedersachsens Finanzminister Hartmut Möllring, die Übernahme dieses Tarifergebnisses kategorisch ab.

Tausende haben sich schon an unseren Aktionen der letzten Wochen und Monate beteiligt. Dadurch erreichten wir, dass am 8. April ein Sondierungsgespräch und am 14. April 2005 der erste Verhandlungstermin stattfindet.

Deshalb müssen wir am 11. April noch einmal den Druck erhöhen. Wir akzeptieren kei-

ne Nullrunde, Lohn- und Gehaltskürzungen bei den Beschäftigten der Länder!

Bisher blieben die Länder stur und lehnen unsere Forderungen ab.

Deshalb rufen wir auf: Beteiligt euch am 11. April an den bundesweiten Warnstreiks und Aktionen bis hin zu befristeten Streiks!

Das öffentliche Streiklokal ist am Opernplatz in Hannover. Dort findet um 12 Uhr die Abschlusskundgebung statt. U.a. spricht auch der GEW-Landesvorsitzende Eberhard Brandt.

Treffen zum gemeinsamen Marsch um 11 Uhr auf dem Klagesmarkt in Hannover.



## Beschluss des Frauenausschusses im Landtag schwächt die Gleichstellungspolitik

# Girls' Day: Vorwärts in die Vergangenheit

**D**er DGB hält den Beschluss des Frauenausschusses im niedersächsischen Landtag, Jungen am Girls' Day ab 2006 noch stärker als bisher einzubeziehen, für eine falsche Entscheidung. Helga Papendick-Apel, Abteilungsleiterin für Frauenpolitik beim DGB-Bezirk sagte: „Dieser Beschluss verwässert den Girls' Day zu einem allgemeinen jugendpolitischen Programm.“

Der Girls' Day ist eine der wenigen gleichstellungspolitischen Maßnahmen, die

es überhaupt noch gibt. Solange junge Mädchen und Frauen auf dem Ausbildungsmarkt benachteiligt werden, ist ein Mädchen-Zukunftstag dringend notwendig.“

Helga Papendick-Apel: „Das Konzept des Girls' Day schließt bereits jetzt Vorschläge für Aktivitäten mit Jungen ein. Es gibt Konzepte für den Unterricht mit Jungen oder Verabredungen mit Beruflinformatio-zentren, dass sie Jungen am Girls' Day speziell betreuen.“

Die Daten aus dem Berufsbildungsbericht belegen, dass der zahlenmäßige Rückgang neuer Ausbildungsverträge vor allem zu Lasten junger Frauen geht.

Während die Zahl der männlichen Auszubildenden im Jahr 2003 gegenüber 2002 leicht zugelegt hat (plus 0,1 Prozent), ist die Zahl der Verträge der weiblichen Azubis um 4,9 Prozent gesunken.

DGB im Internet:  
www.niedersachsen.dgb.de